

Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 40/2021

7. Oktober 2021

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrs-
verbund Mittelsachsen (ZVMS) über die Feststel-
lung des Jahresabschlusses 2019 vom 20. Septem-
ber 2021 A 574

Bekanntmachung des Abfallwirtschaftsverbandes
Chemnitz über die Auslegung des Entwurfes der
Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplanes für
das Jahr 2022 vom 21. September 2021 A 575

Bekanntmachung des Zweckverbandes Naturpark
„Erzgebirge/Vogtland“ über die öffentliche Ausle-
gung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2022
vom 22. September 2021 A 576

Bekanntmachung des Regionalen Abfallverban-
des Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) – Sitz
Schöpstal – zur öffentlichen Auslegung des Wirt-
schaftsplanes 2021 vom 29. Oktober 2020 vom
23. September 2021 A 577

Haushaltssatzung des Regionalen Abfallverbandes
Oberlausitz-Niederschlesien – Sitz Schöpstal – für
das Planjahr 2021 A 578

Bekanntmachung des Zweckverbandes für Tierkör-
perbeseitigung Sachsen über die Feststellung des
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 vom
23. September 2021 A 579

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019

Vom 20. September 2021

Auf Grund von § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 88c Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, wird die durch der Versammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen in der 93. Sitzung vom 10. September 2021 festgestellte Jahresabschluss 2019 bekannt gemacht.

	EUR
1. Bilanzsumme	220.460.768,13
1.1 davon entfallen auf Aktivseite	
das Anlagevermögen	154.145.242,47
das Umlaufvermögen	49.245.597,73
aktive Rechnungsabgrenzungsposten	17.069.927,93
1.2 davon entfallen auf die Passivseite	
die Kapitalposition	0,00
die Sonderposten	166.222.042,67
die Rückstellungen	9.601.598,48
die Verbindlichkeiten	26.964.825,34
passive Rechnungsabgrenzungsposten	17.672.301,64
2. Ergebnisrechnung 2019	
– ordentliche Erträge	182.470.215,27
– außerordentliche Erträge	0,00
– ordentliche Aufwendungen	182.470.215,27
– Gesamtergebnis	0,00

3. Finanzrechnung 2019	
– Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	33.476.310,69
– Zahlungsmittelsaldo aus laufender Investitionstätigkeit	–41.266.828,21
– Änderung des Zahlungsmittelbestandes	–7.790.517,52

Der Jahresabschluss 2019, bestehend aus der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, dem Rechenschaftsbericht und dem Anhang, wurde durch die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss 2019 mit Rechenschaftsbericht liegt in der Zeit

vom 11. Oktober 2021 bis 19. Oktober 2021

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen, Am Rathaus 2, 09111 Chemnitz, zur öffentlichen Einsichtnahme zu folgenden Zeiten öffentlich ausgelegt:

Montag bis Donnerstag:	9:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Freitag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr.

Des Weiteren steht der Jahresabschluss 2019 mit Rechenschaftsbericht auch elektronisch unter www.vms.de/aktuelles/news zur Verfügung.

Chemnitz, den 20. September 2021

Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
Dr. C. Scheurer
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz
über die Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung
und des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2022**

Vom 21. September 2021

Gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, gibt der Abfallwirtschaftsverband Chemnitz bekannt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplanes des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz für das Geschäftsjahr 2022 liegen nach der Veröffentlichung der

ortsüblichen Bekanntgabe für den Zeitraum von sieben Arbeitstagen

vom 8. Oktober 2021 bis 18. Oktober 2021

in der Geschäftsstelle des Verbandes, Weißer Weg 180 in Chemnitz während der Geschäftszeit (Mo–Do 7:00–16:00 Uhr, Fr 7:00–13:30 Uhr) zur Einsichtnahme öffentlich aus. Einwohner und Abgabepflichtige haben für die Dauer von 14 Arbeitstagen die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf ausliegt.

Chemnitz, den 21. September 2021

Abfallwirtschaftsverband Chemnitz
Miko Runkel
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“
über die öffentliche Auslegung des Entwurfes
der Haushaltssatzung 2022**

Vom 22. September 2021

Aufgrund von § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), in Verbindung mit § 74 Absatz 1 und § 76 Absatz 1 Satz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, wird der Entwurf der Haushaltssatzung 2022 des Zweckverbandes Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“ öffentlich ausgelegt.

Die Unterlagen liegen

**vom 8. Oktober 2021 bis 18. Oktober 2021
(sieben Arbeitstage)**

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“, Schloßplatz 8, 09487 Schlettau und den Außenstellen, Klingenthaler Straße 25, 08262 Muldenhammer OT Tannenbergesthal und Hinterer Grund 4a, Naturschutzstation, 09496 Pobershau, während der Dienststunden (Montag bis Freitag von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr) öffentlich aus.

Bis zum Ablauf des 14. Arbeitstages ab dem ersten Tag der Auslegung können Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden (bis zum 27. Oktober 2021).

Annaberg-Buchholz, den 23. September 2021

Zweckverband Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“
Landrat F. Vogel
Vorsitzender des Zweckverbandes

**Bekanntmachung
des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON)
– Sitz Schöpstal –
zur öffentlichen Auslegung des Wirtschaftsplanes 2021
vom 29. Oktober 2020**

Vom 23. September 2021

Auf Grund von § 58 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), in Verbindung mit §§ 4 und 76 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, sowie § 16 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816) sowie des § 28 der Verbandssatzung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) vom 21. Dezember 2017 (SächsABl. S. 355), weisen wir auf die öffentliche Auslegung der Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2021 in der Zeit

**vom 11. Oktober 2021 bis einschließlich
19. Oktober 2021 (sieben Arbeitstage)**

Landkreis Bautzen
Landratsamt
Abfallamt
Zimmer 005 (Sekretariat)
Garnisonsplatz 6
01917 Kamenz
(täglich während der allgemeinen Dienststunden)
Telefon: 03591 5251-70001.

Landkreis Görlitz
Landratsamt
Regiebetrieb Abfallwirtschaft
Zimmer 1.22.1
Muskauer Straße 51
02906 Niesky
(täglich während der allgemeinen Dienststunden)
Telefon: 03588 261-702.

in folgenden Landratsämtern zur öffentlichen Einsicht hin:

Schöpstal, den 23. September 2021

Regionaler Abfallverband Oberlausitz-Niederschlesien
Michael Harig
Landrat und Verbandsvorsitzender

Haushaltssatzung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien – Sitz Schöpstal – für das Planjahr 2021

Auf Grund von § 58 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), in Verbindung mit §§ 74 und 76 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (SächsGVBl. S. 425) geändert worden ist, sowie den §§ 1 und 16 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816) sowie der §§ 17 bis 21 der Verbandssatzung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) vom 21. Dezember 2017 beschließt die Verbandsversammlung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien folgenden Wirtschaftsplan:

§ 1

1. Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt
 - a) im Bereich Restabfallbehandlung und Ablagerung inerter Abfälle

in den Einnahmen mit	21.207.200 Euro
in den Ausgaben mit	23.792.000 Euro
darunter im Erfolgsplan	
mit Erträgen von	21.207.200 Euro
mit Aufwendungen von	22.563.200 Euro
Ergebnis	-1.356.000 Euro
darunter im Liquiditätsplan	
mit Einzahlungen von	0 Euro
mit Auszahlungen von	1.228.800 Euro
 - b) im Bereich Abschluss und Nachsorge auf den geschlossenen Deponien

Erträge von	48.660 Euro
Aufwendungen für Abschlussmaßnahmen von	400.000 Euro
Aufwendungen für Nachsorgemaßnahmen von	928.816 Euro
2. Kreditaufnahmen werden in Höhe von 0 Euro festgesetzt.

3. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen wird mit 0 Euro festgesetzt.

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.500.000 Euro.

§ 3

1. Eine Investitionskostenumlage zur Deckung von Investitionsausgaben wird nicht erhoben.
2. Eine Umlage zur Deckung des laufenden Finanzbedarfs (Mindermengenumlage) wird gemäß § 19 bis 21 der Verbandssatzung für das Jahr 2021 von den Verbandsmitgliedern erhoben:

Landkreis Bautzen:	154.916 €
Landkreis Görlitz:	130.920 €

§ 4

Die Ausgaben für Deponieschließungsmaßnahmen werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Die Ausgaben für die kostenrechnenden Einrichtungen werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Die Personalausgaben werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

§ 5

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2021 in Kraft.

Schöpstal, den 18. Januar 2021

Regionaler Abfallverband Oberlausitz-Niederschlesien
Michael Harig
Landrat und Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Sachsen über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020

Vom 23. September 2021

I. Beschluss der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Sachsen hat in ihrer Sitzung am 23. September 2021 den Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 gefasst. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wird gemäß § 2 Absatz 3 der Verbandssatzung in Verbindung mit § 95a der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, § 58 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und § 34 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816) festgestellt:

1.1	Bilanzsumme	12.491.155,05 €
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	– das Anlagevermögen	9.570.004,14 €
	– das Umlaufvermögen	2.907.341,91 €
	– Rechnungsabgrenzungsposten	13.809,00 €
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	– das Eigenkapital	4.462.602,14 €
	– empfangene Ertragszuschüsse	6.023.372,65 €
	– Sonderposten mit Rücklageanteil	158.038,00 €
	– die Rückstellungen	498.835,00 €
	– die Verbindlichkeiten	675.556,26 €
	– Rechnungsabgrenzungsposten	672.751,00 €
1.2	Jahresgewinn/Jahresverlust	0,00 €
1.2.1	Summe der Erträge	8.085.827,32 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	8.085.827,32 €

Satzungsgemäß wird kein Jahresgewinn/Jahresverlust erzielt, weshalb über die Verwendung/Behandlung kein Beschluss zu fassen ist.

2. Entlastung

Die Betriebsleitung (der Verbandsvorsitzende) wird entlastet.

II. Begründung

Der Jahresabschluss 2020 baut auf einem steuerlichen Mischbetrieb auf.

Die von der Verbandsversammlung bestellte A.V.A.T.I.S. Revisionsgesellschaft mbH hat die Jahresab-

schlussprüfung zum 31.12.2020 beim Zweckverband abgeschlossen. Der Bestätigungsvermerk vom 11. Juni 2021 ist ab Seite 7 des Prüfberichtes wiedergegeben. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Wortlaut:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen, Priestewitz/OT Lenz

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Sachsen, Priestewitz/OT Lenz, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Sachsen, Priestewitz/OT Lenz, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbands zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt einzu- treffendes Bild von der Lage des Zweckverbands. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht der SächsEigBVO und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Zweckverband unabhängig

in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbands zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jah-

resabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbands abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Verbandstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Verbandstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der

Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbands.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Die Verbandssatzung sieht vor, dass das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Meißen vor der Feststellung durch die Verbandsversammlung den Jahresabschluss (örtlich) prüft (§ 13 Abs. 2 der Verbandssatzung, Vertrag vom 16.10./03.11.2017). Gemäß Prüfbericht vom 15. Juli 2021 wurden keine Verstöße festgestellt, die einer Feststellung des Jahresabschlusses entgegenstehen.

Der Geschäftsbericht sowie die Prüfberichte der A.V.A.T.I.S. und des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Meißen liegen während der Sitzung aus.

III. Finanzwirtschaft

Auf den Geschäftsbericht wird verwiesen.

IV. Auslegung

Der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht liegen an sieben Arbeitstagen beim Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen, Geschäftsstelle, OT Lenz, Staudaer Weg 1, 01561 Priestewitz während der üblichen Geschäftszeiten (8.00 bis 16.00 Uhr) öffentlich aus. Die Auslegungsfrist beginnt am ersten Arbeitstag nach dem Erscheinen des Sächsischen Amtsblatts (Amtlicher Anzeiger), welches diese Bekanntmachung enthält.

Priestewitz, den 23. September 2021

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen
Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

Stellenausschreibungen

Im **Amt für Wirtschaft und Bildung des Landratsamtes Vogtlandkreis** ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt, in der Dienststelle Plauen, eine Vollzeitstelle als

Teamleiter Bodenordnung Vogtland (w/m/d)

im Statusamt nach A13 des Sächsischen Besoldungsgesetzes zu besetzen.

Aufgabenschwerpunkte:

- Leitung, Koordinierung und Kontrolle des Teams Bodenordnung
- Durchführung der Verfahren nach dem Landwirtschafts Anpassungsgesetz
- Vorsitzende/Vorsitzender des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaften Flurbereinigung (§ 3 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes und zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Landwirtschafts Anpassungsgesetz)
 - Vorbereitung der zu fassenden Beschlüsse, Leitung der Vorstandssitzungen, Vollzug der Beschlüsse des Vorstandes
 - Federführung für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes gemäß dem gesetzlichen Auftrag (§ 2 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes und zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Landwirtschafts Anpassungsgesetz)
 - Verantwortliche Leitung der Aufstellung des Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (Plan, § 41 des Flurbereinigungsgesetzes) der zugewiesenen Teilnehmergemeinschaft einschließlich der Aufstellung des Bauaktes mit Gesamtfinanzierung bis zur Genehmigungsreife nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes und der Ausführung des Plans

Anforderungsprofil:

- Beamtin/Beamter der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegs-ebene des technischen Verwaltungsdiensts (ehemals höherer vermessungstechnischer Verwaltungsdienst) (jeweils w/m/d) oder
- Befähigung für die Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsebene des technischen Verwaltungsdiensts (ehemals höherer vermessungstechnischer Verwaltungsdienst) (jeweils w/m/d) **sowie** Erfüllen der beamtenrechtlichen Voraus-

setzungen für die Berufung in ein Beamtenverhältnis (Altersgrenzen für die Berufung, Persönliche Voraussetzungen)

- wünschenswert: mindestens drei Jahre Berufserfahrung in Flurbereinigungsangelegenheiten
- Entscheidungsfähigkeit, Moderations- und Verhandlungskompetenz, Organisationsfähigkeit
- PKW-Führerschein mit entsprechender Fahrpraxis
- Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung

Ihre Bewerbung, inklusive aller dafür relevanten Unterlagen, senden Sie uns bitte bis **12. Oktober 2021** (im Landratsamt beziehungsweise im Stellenportal eingegangen). Bitte fügen Sie Ihren Bewerbungsunterlagen die aktuellste Regelbeurteilung bei. Wir erbitten weiterhin, sofern Sie keine Beamtin/kein Beamter sind, einen Nachweis der Staatsangehörigkeit sowie ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis. Für im Ausland erworbene Hochschulabschlüsse besteht das Erfordernis einer Zeugnisbewertung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen ZAB. Auf Zeugnisbewertung (kmk.org) finden Sie weitere Informationen. Verspätete Bewerbungen können im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden.

Das Landratsamt Vogtlandkreis arbeitet mit Interamt, dem Stellenportal für den öffentlichen Dienst. Onlinebewerbungen sind daher ausdrücklich erwünscht. Von Bewerbungen per Post oder per E-Mail bitten wir abzusehen.

Bei Bewerbungen, die dennoch auf dem Postweg im Landratsamt eingehen, muss ein ausreichend frankierter Rückumschlag beiliegen, damit nicht berücksichtigte Bewerbungen/Unterlagen zurückgesendet werden können. Liegt kein Rückumschlag bei, werden die Unterlagen nach drei Monaten vernichtet. Im Falle einer Bewerbung per Post richten Sie diese bitte an das Landratsamt Vogtlandkreis, Büro Landrat, Sachgebiet Personal, Postplatz 5, 08523 Plauen.

Des Weiteren möchten wir auf unsere datenschutzrechtlichen Informationen nach Artikel 13 Absatz 1 und 2 der Datenschutz-Grundverordnung aufmerksam machen. **Hervorheben wollen wir diesbezüglich, dass Bewerbungen per Post oder E-Mail aus datenschutzrechtlichen Gründen erst berücksichtigt werden können, wenn der Bewerbung eine unterzeichnete Einwilligungserklärung beiliegt.** Sowohl die datenschutzrechtlichen Informationen als auch die Einwilligungserklärung finden Sie unter www.vogtlandkreis.de/karriere.

Die **Berufsakademie Sachsen** ist eine Einrichtung des tertiären Bildungsbereiches. Sie führt Studierende in dreijährigen praxisintegrierten dualen Studiengängen zum Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Science, Bachelor of Engineering oder Diplomingenieur (BA). Die wissenschaftlich-theoretischen Studienabschnitte werden an der Berufsakademie Sachsen und die praktischen Studienabschnitte bei einem anerkannten Praxispartner aus der Wirtschaft realisiert.

An der **Staatlichen Studienakademie Riesa** ist folgende Stelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen:

Professor für E-Commerce (m/w/d)
(Entgeltgruppe E 15 TV-L, Vollzeit, unbefristet)
(Kennziffer RIE 01/2021)

Aufgabenprofil:

Im Studiengang BWL-Dienstleistungsmanagement werden die Studienrichtung Handelsmanagement und E-Commerce sowie Event- und Sportmanagement angeboten. Die Bewerber_Innen vereinen eine fundierte Qualifikation in Betriebswirtschaftslehre oder Wirtschaftsinformatik mit Erfahrungen aus Handel und/oder Vertrieb.

Zu Ihren Aufgabenbereichen gehören:

- Bereitschaft zur Einarbeitung und Übernahme von Lehrveranstaltungen in fachverwandten Grundlagenfächern
- Betreuung von Projektarbeiten, Bachelorthesis und Mitwirkung bei der Abnahme von Prüfungen
- Mitwirkung an der curricularen Weiterentwicklung von Modulen sowie der Neu- und Weiterentwicklung von Lehrgebieten und Studienangeboten
- Mitwirkung in der kooperativen Forschung, beim Technologie- und Wissenstransfer sowie bei der Entwicklung und Durchführung von Weiterbildungsangeboten
- Erfahrungen und fachliche sowie kommunikative Fähigkeiten zur Gewinnung von Praxispartnern, zur intensiven Zusammenarbeit mit Praxispartnern sowie Gewinnung von Studierenden

Fachspezifische Kenntnisse in mindestens zwei oder mehreren der folgenden Bereiche werden erwartet:

- Onlineshop-Management
- Internettechnologien
- Supply Chain Management inkl. SAP
- Prozess- und Qualitätsmanagement
- Customer-Relationship-Management
- Grundlagen der Wirtschaftsinformatik
- Web-Analytics
- Multi-Channel-Vertrieb im B2C und B2B Umfeld

Konzeptionelle Fähigkeiten, hohes Interesse an den Zukunftsthemen im E-Business und Engagement für die Weiterentwicklung des Studienganges werden vorausgesetzt.

Alle Bewerber_innen müssen die folgenden Einstellungs Voraussetzungen erfüllen:

1. **abgeschlossenes Hochschulstudium** des entsprechenden Wissenschaftsgebietes,

2. **pädagogische Eignung**, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre und Ausbildung durch eine Lehrprobeveranstaltung nachgewiesen wird,
3. **besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit**, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird,
4. besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden in einer **mindestens fünfjährigen einschlägigen beruflichen Praxis**, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein sollen.

Bewerber/innen müssen auf Grund ihrer fachpraktischen Erfahrungen ein/e kompetente/r Gesprächspartner/in für die Bildungsstätten der dualen Partner sein.

Der Arbeitsort ist die Staatliche Studienakademie in Riesa. Bei Bedarf ist der Einsatz auch an einer anderen Akademie der Berufsakademie Sachsen möglich.

Die Art und der Umfang der dienstlichen Aufgaben der Lehrpersonen an der Berufsakademie Sachsen ergeben sich aus der Sächsischen Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung vom 26. Juli 2019 (SächsGVBl S. 602).

Die Vergütung dieser Stelle erfolgt in der Laufbahngruppe höherer Dienst nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in der Entgeltgruppe E-15. Berufungen beziehungsweise Einstellungen erfolgen im Angestelltenverhältnis. Die Staatliche Studienakademie Riesa begrüßt ausdrücklich auch die Bewerbung von Frauen. Bewerbungen Schwerbehinderter werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Darstellung des wissenschaftlichen Werdegangs, der fachpraktischen Berufserfahrungen und Lehrtätigkeit) sowie beglaubigte Kopien von Urkunden über akademische Grade, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis sowie Nachweise wissenschaftlicher Leistungen und Veröffentlichungen sind mit Angabe der Kennziffer RIE 01/2021 innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen beziehungsweise **bis spätestens zum 7. November 2021** zu richten an:

Online: direktion.riesa@ba-sachsen.de
(Bitte verwenden sie eine PDF-Datei für ihre Online-Bewerbung mit folgender Kennzeichnung: RIE-01_21-Name-Vorname.)

Postalisch: Staatliche Studienakademie Riesa
Direktorin Prof. Dr. Ute Schröter-Bobsin
– persönlich –
Rittergutsstraße 6
01591 Riesa

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

Die **Berufsakademie Sachsen** ist eine Einrichtung des tertiären Bildungsbereiches. Sie bereitet die Studierenden in einem in der Regel dreijährigen praxisintegrierenden Studium durch die Vermittlung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden auf eine berufliche Tätigkeit vor. Sie erfüllt ihre Aufgaben durch das Zusammenwirken der Staatlichen Studienakademien mit den Praxispartnern.

Folgende Stelle ist – vorbehaltlich der Zustimmung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus – zum 1. Januar 2022 unbefristet neu zu besetzen:

**Verwaltungsleiter/in (m/w/d)
für den Verwaltungsverbund
der Staatlichen Studienakademien
Breitenbrunn und Plauen
Vergütung TV-L E 13
(Kennziffer BA 04/2021)**

Der/Die Verwaltungsleiter_in unterstützt die Direktor_innen beider Staatlichen Studienakademien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Er/Sie ist an die Weisungen des Kanzlers gebunden. Das Beschäftigungsverhältnis ist unbefristet. Der/Die Verwaltungsleiter_in wird durch den Kanzler der BA Sachsen im Einvernehmen mit den betreffenden Direktor_innen und dem Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus für acht Jahre bestellt. Die Wiederbestellung ist möglich. Sollte dies nicht erfolgen, bleibt die Zuweisung einer vergleichbaren Tätigkeit vorbehalten.

Dem/Der Verwaltungsleiter_in obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Aufstellung der Haushaltsplanentwürfe der beiden Studienakademien zur Vorlage an den Kanzler
- Verantwortung für den Vollzug der vom Kanzler bestätigten Wirtschaftspläne beider Studienakademien und Erstellung einer Jahresrechnung nach §§ 105ff. der Sächsischen Haushaltsordnung
- verantwortliche Wahrnehmung der Gesamtverwaltung, Entwicklung entsprechender Strategien und Umsetzung des Prozessmanagements sowie Organisation, Koordination und Überwachung des Geschäftsablaufes beider Studienakademien
- Wahrnehmung spezifisch hochschuladäquater Angelegenheiten und Aufgaben im Führungsteam sowie repräsentativer Sonderaufgaben
- Wahrnehmung der Dienstvorgesetzteneigenschaft für das nichtpädagogische Personal der beiden Studienakademien
- Vorbereitung und Durchführung von Beschaffungen nach öffentlichem Auftragswesen sowie Verantwortung für die Gesamtbeschaffung der Studienakademien

- konzeptionelle Vorbereitungen für Baumaßnahmen und Begleitung von deren Umsetzungen
- Erarbeitung von Informations- und Entscheidungsvorlagen für alle zu verantwortenden Aufgaben

Anforderungsprofil:

- vertiefte rechtswissenschaftliche oder betriebswirtschaftliche Kenntnisse auf der Grundlage eines Hochschulabschlusses (Diplom/Master/2. Juristisches Staatsexamen)
- mehrjährige einschlägige Berufserfahrung als Führungskraft in Wirtschaft, Verwaltung oder Wissensmanagement
- Fach- und Entscheidungskompetenz, hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit, selbständige eigenverantwortliche, ergebnisorientierte und vorausschauende Arbeitsweise sowie Durchsetzungsstärke
- souveränes Auftreten und ausgeprägtes Organisations- und Verhandlungsgeschick
- Zuverlässigkeit, Flexibilität, Teamfähigkeit, soziale Kompetenz und gute Kommunikationsfähigkeit
- Fahrerlaubnis der Klasse B und Dienstreisebereitschaft

Die Berufsakademie Sachsen strebt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Wir begrüßen ausdrücklich die Bewerbung von Frauen. Schwerbehinderte Bewerber_innen werden bei gleicher Qualifikation und Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

Sind Sie interessiert und überzeugt, dass Sie über die genannten Voraussetzungen verfügen? Dann richten Sie bitte Ihre aussagefähige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Zeugniskopien, Beurteilungen, lückenloser Tätigkeitsnachweis, insbesondere die Darstellung der fachpraktischen Berufserfahrungen) bis zum **27. Oktober 2021** mit der **Kennziffer BA 04/2021** an **bewerbung.breitenbrunn@ba-sachsen.de** (bitte in einer PDF-Datei) oder folgende Anschrift:

**Berufsakademie Sachsen
Staatliche Studienakademie Breitenbrunn
Sekretariat des Direktors
Schachtstraße 128
08359 Breitenbrunn**